

dbb Hessen Nachrichten

NUMMER 13/2020

BEWEGUNG

2018 unterschrieben die Fraktionen der CDU, SPD, Grünen, Linke und FDP einen Pakt des dbb Hessen gegen Gewalt im ÖD. Danach wurde es politisch etwas ruhiger. Vor wenigen Wochen haben nun die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP eine Expertenanhörung am 27. August vor dem Haupt- und Innenausschuss des Hess. Landtags auf den Weg gebracht, an der der dbb Hessen sich beteiligen wird. Die FDP hat jetzt reagiert und auf die Vorfälle vom Opernplatz einen Vorstoß gewagt.

Gewalt: FDP macht den Anfang



Der dbb Hessen setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst wirksam bekämpft wird. Unterstützung kommt jetzt von der FDP, die konsequente und schnellere Verfolgung von Straftaten fordert. Die Hessenschau berichtete am 31. Juli. Hintergrund der Pressekonferenz waren die Ausschreitungen auf dem Opernplatz (siehe Pressemitteilung weiter unten) gewesen, die sowohl in der regionalen als auch bundesweiten

Öffentlichkeit wahrgenommen und diskutiert worden waren.

„Ich begrüße diese Initiative“, sagte Vorsitzender **Heini Schmitt** bei der Pressekonferenz. „Die Zwei-Säulen-Strategie der FDP, (die von deren innenpolitischem Sprecher **Stefan Müller** vorgestellt wurde), greift viele Aspekte unseres 2018 vorgestellten Konzepts zur Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst auf. Wir sind der Überzeugung, dass man Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst nur wirksam bekämpfen kann, wenn alle verantwortlichen Personen und Institutionen ihren Beitrag leisten. Der Rechtsstaat darf nicht tatenlos zusehen, sondern muss sich wieder stark zeigen.“ Auch mit dem innenpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, **Alexander Bauer**, hatte der dbb Hessen in den vergangenen Monaten regelmäßigen Austausch zu der Thematik.

Im Februar hatte der dbb Hessen erstmals eine Studie vorgestellt, die sich der Dimension der Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes annähert. Erhoben und untersucht hatten die Daten Frau Professor **Britta Bannenberg** und ihr Team vom Lehrstuhl für Kriminologie an der Universität Gießen. Es ist eine der ersten Studien bundesweit, die versucht, die Problematik ganzheitlich und über die sonst untersuchten Berufsgruppen (Polizei, Rettungskräfte) hinaus zu erfassen. Das Ergebnis zeigte: Es wird Zeit, das Problemfeld systematisch weiter zu erforschen. Einige Forschungsvorhaben der Wissenschaftler bauen auf den bisher gewonnenen Erkenntnissen auf und sollen diese vertiefen.

Die FDP-Fraktion gehörte schon 2018 zu den Fraktionen, die auf Initiative des dbb Hessen einen Pakt gegen Gewalt unterschrieben hatte. „Es ist gut zu sehen, dass nun auch die Politik allmählich ein Bewusstsein für die Problematik zu entwickeln scheint“, sagt Heini Schmitt. Auf dem Lorbeer ausruhen könne man sich aber nicht. „Es ist wichtig, dass das Thema bei allen demokratischen Fraktionen im hessischen Landtag auf die Tagesordnung kommt und entsprechend in politische Entscheidungsprozesse

Eingang findet“, sagt Heini Schmitt. Der ganze Bericht findet sich hier: <https://www.dbb-hessen.de/aktuelles/news/bericht-in-der-hessenschau-vom-31072020/>. Eine öffentliche Anhörung, auf Antrag von vier Fraktionen mit Experten zum Thema Gewalt gegen Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes, unter anderem mit Heini Schmitt, ist für den 27. August im Landtag angesetzt.

dbb Hessen gefragter Gesprächspartner der Politik

In den kommenden Wochen wird die Landesleitung des dbb Hessen gleich mehrfach Gelegenheit haben, mit Spitzenvertretern der Wiesbadener Landtagsfraktionen zum Austausch zusammenzukommen. Sowohl CDU, als auch SPD, Grüne und FDP haben bis Anfang September auf unser Bestreben hin, verbindlich Termine vorgeschlagen. Worüber gesprochen wurde und wie die Gespräche verliefen, erfahren Sie im Anschluss natürlich zeitnah hier.

Opernplatz: Eindruck eines schwachen Rechtsstaats verfestigt sich

Die Randalie um den Frankfurter Opernplatz zeigt: Wieder wird der öffentliche Raum zur Gefahrenzone. „Das weckt Erinnerungen an Silvester in Frankfurt und ist natürlich nahezu eine Blaupause von Stuttgart“, sagt der Vorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt, der auch Ähnlichkeiten zu dem Hinterhalt von Dietzenbach vor ein paar Wochen sieht.

„Höchst gewalttätige Männer, meist mit Migrationshintergrund, haben gezeigt, wer den öffentlichen Raum beansprucht und was sie von diesem Staat, dessen Werten und Repräsentanten halten“, sagt Schmitt. „Sie haben auch gezeigt, was sie von friedlichem, ausgelassenem Feiern halten, nämlich herzlich wenig.“

Bedauerlicherweise haben sie wieder die Polizei im Visier, aber nicht nur. Auch Rettungskräfte, Reinigungskräfte der Entsorgungsbetriebe oder couragierte Mitbürger – „Wer auch immer sonst sich diesen Gewalttätern in den Weg gestellt hätte, wäre zum Opfer geworden“, ist Schmitt überzeugt.

„Die große Frage lautet nun: Was haben die Täter in unserem Rechtsstaat wirklich zu befürchten?“, fragt Schmitt. „Sie haben sich richtig ausgetobt, fahren zufrieden nach Hause und bereiten sich auf den nächsten Durchgang vor.“

„Allmählich muss auch dem Letzten klar werden, dass es eine deutliche Diskrepanz zwischen den alljährlich feierlich veröffentlichten Statistiken zur Inneren Sicherheit und der tatsächlichen Situation gibt“, mahnt Heini Schmitt. „Es ist eine traurige Tatsache, dass sich in nennenswerten Teilen unserer Gesellschaft der Eindruck eines schwachen Rechtsstaats verfestigt. Viele der Täter von Frankfurt haben zu ihrem bisherigen Strafregister einfach nur weitere Straftaten hinzugefügt.“

Aus Rücksichtslosigkeit zweite Corona-Welle?

Die Corona-Fallzahlen steigen wieder – nicht nur in Deutschland allgemein, sondern vor allem in Hessen und speziell in Offenbach. Für den Vorsitzenden des dbb Hessen, Heini Schmitt, ist diese Entwicklung ein Grund zu großer Sorge. „Offenbar gibt es eine ganze Reihe von Mitbürgern, die sich mit der Verantwortung für ihre Gesundheit und die ihrer Mitmenschen schwertun.“ Es sei schon wenig verständlich, dass es trotz der weltweit weiter sich ausbreitenden Pandemie viele Menschen gibt, die sich einen Urlaub in einem Risikogebiet nicht verkniffen konnten.

Gerade mit Blick auf die Folgen ist das bedenklich. Denn so bringt ein ganzer Teil das Virus als Souvenir mit aus dem Urlaub und gefährdet so bewusst die Erfolge, die das politische Pandemiemanagement und auch die Disziplin der Bevölkerung sich erarbeitet haben. „Zudem ist es nicht nachvollziehbar, dass ausgerechnet die, die ein erhöhtes Risiko in Kauf nahmen, am Ende damit belohnt werden, dass ihnen bei der Rückkehr der Coronatest auch noch bezahlt wird“, sagt Schmitt. „Das ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht derer, die sich aus Sicherheitserwägungen eine Reise verkniffen und sich auch sonst verantwortungsbewusst zeigten. Und es ist eine völlig vermeidbare, zusätzliche Belastung für viele Beschäftigte im Öffentlichen Dienst, die sich um die Folgen solch verantwortungslosen Verhaltens kümmern müssen.“

„Hinzu kommt, dass auch hier zu Hause viele Bürgerinnen und Bürger ganz offenbar die Tragweite der Pandemie immer noch nicht begriffen haben. Sollte es tatsächlich zu einem zweiten Lockdown kommen, wäre dieser zu einem guten Stück hausgemacht.“

„Wir haben die Maßnahmen der Landesregierung von Anfang an mitgetragen“, so Schmitt. Abgesehen von wenigen Kritikpunkten haben sich die nachhaltigen Beschränkungen zu Beginn ebenso wie die schrittweisen Lockerungen im weiteren Verlauf als richtig erwiesen. Auch den Appell an die eigene Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger untermauerte der dbb Hessen. „Nun scheint sich aber leider zu zeigen, dass ein spürbarer Teil der Bevölkerung mit dieser Verantwortung nicht umzugehen weiß“, sagt Schmitt. Deshalb plädiert er trotz der auch dadurch entstehenden zusätzlichen Belastung für den Öffentlichen Dienst dafür, wie auch schon in Offenbach angekündigt, die Kontrollen wieder zu verstärken und Verstöße konsequent zu ahnden. „

Derzeit ist die 16. Aktualisierte Verordnung zum Thema Corona in Kraft. Sie stammt vom 20. Juli und wurde auf der Internetseite des Hessischen Sozialministeriums zuletzt (stand 5. August, 12.30 Uhr) letztmalig am 23. Juli aktualisiert. Alle Verordnungen der hessischen Landesregierung zu Corona finden sich unter den Links:

<https://www.hessen.de/fuer-buerger/corona-hessen/verordnungen-und-allgemeinverfuegungen> oder

<https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/jlr-CoronaVKBBeschrVHEV3P2> oder etwas allgemeiner

<https://www.hessen.de/fuer-buerger/corona-hessen/fragen-und-antworten-zu-den-wichtigsten-regelungen>

V.i.S.d.P.: dbb Hessen, Andreas Nöthen (Pressesprecher), Europa-Allee 103 (Praedium), 60486 Frankfurt

Mail: presse@dbb-hessen.de.

Aktuelle Nachrichten auch immer via Twitter: <https://twitter.com/dbbhessen> Folgen Sie uns!



dbb
vorteilswelt



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah